

## **PETER WEIß, CDU**

Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mitglied des CDU-Bundesfachausschusses für Arbeit und Soziales

### **Welche Möglichkeiten sehen Sie, mit tariflich geregelten Arbeitsbedingungen mittel- und langfristig dem Fachkräftemangel in den Pflegeberufen entgegenzuwirken?**

Eine gute Ausbildung mit guten Arbeitsbedingungen, Perspektiven zur weiteren beruflichen Entwicklung und eine ordentliche Bezahlung der Beschäftigten sind geeignete Maßnahmen um den Bedarf an Fachkräften in der Pflege decken. Ein gerechter Lohn für Arbeit in der Pflege ist für mich deshalb der Tariflohn. Es nützt jedoch die beste Bezahlung nichts, wenn das Personal unterbesetzt ist und dauerhaft Überstunden machen muss. Der Wettbewerb in der Pflege sollte deshalb stets über die Qualität und nicht über die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten stattfinden.

### **Wie stehen Sie zu einem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für die Pflegebranche? Unterstützen Sie gesetzgeberische Maßnahmen zur Erleichterung einer Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen?**

Selbstverständlich begrüßen wir es als Union, wenn sich die maßgeblichen Akteure und Verbände in der Pflege auf einen gemeinsamen Weg zu einem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für die Pflegebranche einigen. Wir haben in Deutschland gute Erfahrungen mit der Zusammenarbeit von Tarifpartnern zum Wohle der Beschäftigten und der wirtschaftlichen Entwicklung gemacht. Mit der Pflegemindestlohnkommission haben wir als Union ein wertvolles Instrument geschaffen, welches seither gute Arbeit für die Beschäftigten in der Pflege leistet. In der laufenden Legislaturperiode haben wir mit dem "Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie" Regelungen zur Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit (AVE) von Tarifverträgen auf den Weg gebracht. Die Wirkungen dieses Gesetzes schauen wir uns als Union sehr genau an.

### **Wie sollen gemeinsame Initiativen wie der Tarifvertrag „Pflege in Bremen“ vom März 2017 wirkungsvoll politisch unterstützt werden?**

Das gemeinsame Treffen der Vertreter von Arbeitgebern, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und der Koalition im Juni dieses Jahres war ein Einstieg um eine gemeinsame Initiative für einen Tarifvertrag für die Pflegebranche auf den Weg zu bringen. Nun ist es wichtig, dass sich die Akteure und Verbände auf ein gemeinsames Modell verständigen, welches wir dann politisch unterstützen und umsetzen können.

## **HILDE MATTHEIS, SPD**

Sprecherin der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion

### **Welche Möglichkeiten sehen Sie, mit tariflich geregelten Arbeitsbedingungen mittel- und langfristig dem Fachkräftemangel in den Pflegeberufen entgegenzuwirken?**

Der wachsende Bedarf an Arbeitskräften im Bereich der sozialen Dienstleistungen lässt sich nur über gute Arbeitsbedingungen und attraktive Löhne decken. Die Aufwertung der Beschäftigung in diesem Bereich ist dringend notwendig. Das Pflegeberufegesetz ist ein wichtiger Schritt, um den Beruf

attraktiver und zukunftsfest zu machen. Die Aufwertung sollte sich auch in einer verbesserten Bezahlung niederschlagen. Daher hat die SPD bei der Reform der Pflegeversicherung auch noch einmal klar gestellt, dass die Zahlung von Tariflöhnen von den Verhandlungspartnern nicht als unwirtschaftlich angesehen werden kann. Zudem setzen wir uns für verbindliche Personalstandards ein.

**Wie stehen Sie zu einem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für die Pflegebranche? Unterstützen Sie gesetzgeberische Maßnahmen zur Erleichterung einer Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen?**

Zentraler Ansatz für eine Aufwertung sozialer Dienstleistungen muss die Stärkung der Tarifbindung sein. Die Schaffung eines Tarifvertrags für den Sozialbereich ist ein großes Projekt. Soweit eine AVE des Tarifvertrags angestrebt wird, setzt diese voraus, dass der Tarifvertrag erstreckungsfähig ist. Hierbei stellt sich unter anderem die Frage, wie die Kirchen und ihre Institutionen einbezogen werden können.

**Wie sollen gemeinsame Initiativen wie der Tarifvertrag „Pflege in Bremen“ vom März 2017 wirkungsvoll politisch unterstützt werden?**

Den Abschluss des trägerübergreifenden Tarifvertrages „Pflege in Bremen“ begrüßen wir sehr. Der Gesetzgeber kann Rahmenbedingungen vorgeben, aber letztlich sind die Tarifpartner vor Ort gefragt.

## **ELISABETH SCHARFENBERG, DIE GRÜNEN**

Sprecherin für Pflege- und Altenpolitik der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen

**Welche Möglichkeiten sehen Sie, mit tariflich geregelten Arbeitsbedingungen mittel- und langfristig dem Fachkräftemangel in den Pflegeberufen entgegenzuwirken?**

Wir sehen in tariflich geregelter Bezahlung ein wichtiges Instrument, um den Pflegeberuf attraktiver zu machen und gegen den Fachkräftemangel vorzugehen. Deshalb ist es so wichtig, dass die tarifliche Bezahlung in der stationären und ambulanten Altenpflege von den Pflegekassen nicht mehr als unwirtschaftlich abgelehnt werden kann. Wir fordern, diesen Grundsatz auch für die Häusliche Krankenpflege zu verankern. Aber auch die Arbeitszeiten spielen eine wichtige Rolle. Schichtdienst und unflexible Arbeitszeitregelungen tragen maßgeblich zur Belastung der Beschäftigten bei und schmälern die Attraktivität des Berufsfeldes. Wir wollen, dass Beschäftigte eine gesetzlich garantierte Mitsprache über den Umfang und die Lage ihrer Arbeitszeit erhalten, damit Arbeit gut in ihr Leben passt. Bei der Aufstellung von Schichtplänen sollen die Bedürfnisse der Beschäftigten stärker berücksichtigt werden. Ein Schichttausch muss möglich sein.

**Wie stehen Sie zu einem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für die Pflegebranche? Unterstützen Sie gesetzgeberische Maßnahmen zur Erleichterung einer Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen?**

Pflege ist verantwortungsvolle Arbeit, die unserer Gesellschaft mehr wert sein muss. Eine bessere Bezahlung ist dringend erforderlich. Für zu viele Beschäftigte gilt bisher keinerlei Tarifvertrag. Arbeitgeber und Gewerkschaften müssen in die Pflicht genommen werden, um damit auch einen

konkreten Beitrag zum Abbau der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen zu leisten. Um die Arbeitsbedingungen in kommunalen und privaten Einrichtungen sowie bei kirchlichen und weltlichen Wohlfahrtsverbänden flächendeckend zu verbessern, braucht es aus unserer Sicht einen allgemein verbindlichen Tarifvertrag für soziale Berufe, der auch für die Pflege gelten soll. Nur so kann eine flächendeckende Aufwertung der sozialen Berufe und die Gleichstellung in diesen Branchen wirkungsvoll vorangebracht werden. Wir setzen uns im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür ein, dass es auf diesem zentralen Feld zu einer Einigung kommt. Auch in anderen Branchen sind immer weniger Jobs durch Tarifverträge abgedeckt. Das muss sich wieder ändern. Tarifverträge sollten leichter allgemein verbindlich erklärt werden können.

### **Wie sollen gemeinsame Initiativen wie der Tarifvertrag „Pflege in Bremen“ vom März 2017 wirkungsvoll politisch unterstützt werden?**

Wir begrüßen das Zustandekommen des Tarifvertrages „Pflege in Bremen“ sehr. Der Tarifvertrag ist ein wichtiger Schritt für hin zu einer angemessenen Entlohnung und zu mehr Wertschätzung des Pflegeberufs. Wir hoffen, dass der Tarifvertrag auch in anderen Bundesländern eine Signalwirkung entfalten kann. Wie oben schon ausgeführt, wollen wir uns auf Bundesebene bei den Tarifpartnern für einen „Tarifvertrag Soziales“ einsetzen. Politik kann für die Aufwertung des Pflegeberufs werben und in einen Dialog mit den Tarifpartnern darüber treten, hat die Tarifautonomie aber auch zu achten.

## **MATTHIAS M. BIRKWALD, DIE LINKE**

Rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Die Linke

### **Welche Möglichkeiten sehen Sie, mit tariflich geregelten Arbeitsbedingungen mittel- und langfristig dem Fachkräftemangel in den Pflegeberufen entgegenzuwirken?**

Der Pflegeberuf muss attraktiv werden, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Wir fordern, dass keine Pflegefachkraft in Vollzeit mit weniger als 3.000 Euro brutto in den Beruf einsteigen darf. Einheitliche Vergütungen, verbindliche Zeitzuschläge für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, eine Jahressonderzahlung und eine Urlaubsregelung sollen gesichert werden. Auch präventive Gesundheitsangebote während der Arbeitszeit können helfen, die Berufsfucht zu stoppen. Wir wollen unbefristete Beschäftigungsverhältnisse und Teilzeitbeschäftigung nur auf Wunsch der Pflegekräfte, verbunden mit einem Rückkehrrecht in eine Vollzeitbeschäftigung. Familienfreundliche und flexible Arbeitszeiten sowie gesundheitsfördernde Pausenregelungen sind aus Sicht DER LINKE ebenfalls tariflich zu regeln. Für all dies muss die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften gestärkt werden.

### **Wie stehen Sie zu einem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für die Pflegebranche? Unterstützen Sie gesetzgeberische Maßnahmen zur Erleichterung einer Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen?**

DIE LINKE will tarifliche Bezahlung unter Einbeziehung der Pflegehilfs-, Betreuungs- und Assistenzkräfte für allgemeinverbindlich erklären. Die bisherige Regelung, dass tarifliche Bezahlung nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden darf, sichert eine gute Bezahlung der Beschäftigten leider nicht. Auch den regionalen Unterschieden im Lohnniveau kann nur durch eine allgemeinverbindliche Bezahlung entgegengewirkt werden.

DIE LINKE will jedoch nicht, dass tarifliche Bezahlung die Menschen mit Pflegebedarf und ihre

Familien zusätzlich finanziell belastet. Deshalb wollen wir die Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung einführen. Alle zahlen den gleichen prozentualen Teil ihres gesamten Einkommens, also bezogen auf alle Einkommensarten, auch auf Kapital- und Zinserträge, ein. Die Beitragsbemessungsgrenze wird aufgehoben, die private Kranken- und Pflegeversicherung wird abgeschafft. In der Krankenversicherung könnten die Beitragssätze bei gleichzeitig verbesserten Leistungen sogar um etwa ein Viertel sinken. In der Pflegeversicherung stünden bei gleichbleibendem Beitragssatz jährlich mindestens 12 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Das schafft Spielräume auch für eine tarifliche Bezahlung der Beschäftigten, ohne die Menschen mit Pflegebedarf zu belasten.

### **Wie sollen gemeinsame Initiativen wie der Tarifvertrag „Pflege in Bremen“ vom März 2017 wirkungsvoll politisch unterstützt werden?**

Für DIE LINKE stellt der trägerübergreifende Tarifvertrag „Pflege in Bremen“ einen Durchbruch gegen Lohndumping dar, der öffentlich breit diskutiert werden sollte. Eine solche Debatte zwischen Gewerkschaften, Sozialverbänden, kirchlichen Leistungsträgern und allen anderen Leistungserbringern sowie den Pflegekräften wird DIE LINKE aktiv befördern. Die Politik muss durchsetzen, dass die Regelung, ein Tarifvertrag müsse 50 Prozent der Beschäftigten erfassen, um als allgemeinverbindlich anerkannt zu werden, in der Praxis auch wirklich nicht mehr gilt. Ergänzend sollen als Zwischenschritt bis zur Einführung eines wissenschaftlichen Personalbemessungsverfahrens in der Altenpflege bundeseinheitliche Mindestvorgaben den Flickenteppich an Personalschlüsseln beseitigen. Der Gesetzgeber hat erstmals mit der Einführung von Personaluntergrenzen in Krankenhäusern anerkannt, dass staatliche Vorgaben ein geeignetes Mittel sind. Das gilt aus unserer Sicht auch in der Altenpflege und würde die Diskussion und den Abschluss tariflicher Regelungen befördern. Als Sofortmaßnahme zur Finanzierung von mehr Personal und besserer Bezahlung will DIE LINKE den Pflegevorsorgefonds auflösen und in einen Pflegepersonalfonds umwandeln.

### **DR. MARIE-AGNES STRACK-ZIMMERMANN, FDP**

Stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP

### **Welche Möglichkeiten sehen Sie, mit tariflich geregelten Arbeitsbedingungen mittel- und langfristig dem Fachkräftemangel in den Pflegeberufen entgegenzuwirken?**

Pflegeleistende tragen große Verantwortung, sind fachlich qualifiziert und körperlich und psychisch stark gefordert. Sie verdienen entsprechend eine leistungsgerechte und attraktive Bezahlung. Hierbei sehen wir vorrangig die Tarifpartner in der Verantwortung. Voraussetzung ist, dass auch die Kostenträger durch entsprechende Anpassungen der Vergütungen ihrer Verantwortung gerecht werden.

Darüber hinaus fordern wir die tariflich geregelte integrative Ausbildung der Pflegekräfte. Integrative Ausbildung bedeutet ein gemeinsames erstes Ausbildungsjahr und spezialisierte Folgejahre. Eine generalisierte Einheitsausbildung lehnen wir ab. So erhalten wir eine kompetente Kinder-, Kranken- und Altenpflege. Zudem wollen wir familienfreundliche Arbeitszeitmodelle fördern.

### **Wie stehen Sie zu einem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für die Pflegebranche? Unterstützen Sie gesetzgeberische Maßnahmen zur Erleichterung einer Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen?**

In der Pflege ist die Tarifbindung leider sehr gering. Wir sehen es deshalb zuerst als die Aufgabe der Tarifpartner an, dies zu verbessern, da diese auch hierfür verantwortlich sind. Des Weiteren existieren in der Pflegebranche über 100 unterschiedliche Tarifverträge, selbst innerhalb der AWO gibt es mehrere Vertragswerke. Deshalb ist allein die Frage, welchen Tarifvertrag man für allgemeinverbindlich erklären lassen will, schwer zu beantworten. Grundsätzlich stehen Freien Demokraten der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen skeptisch gegenüber, da sie einen massiven Eingriff in die Tarifautonomie bedeuten.

**Wie sollen gemeinsame Initiativen wie der Tarifvertrag „Pflege in Bremen“ vom März 2017 wirkungsvoll politisch unterstützt werden?**

Die Gesetzgebung ist in diesem Bereich im Hinblick auf die verfassungsgemäß garantierte Tarifautonomie zurecht zurückhaltend und sollte deshalb aus unserer Sicht nicht verändert werden. Außerdem stellt sich die Frage, wie gemeinsame Initiativen wie der Tarifvertrag „Pflege in Bremen“ aus dem März 2017 wirkungsvoll politisch unterstützt werden können. Die Politik sollte sich nicht in die Tarifautonomie einmischen. Aus diesem Grund ist der Tarifvertrag „Pflege in Bremen“ auch Sache der Tarifpartner. Wir bewerten weder das Entstehen des Tarifvertrages noch den Wiederausstieg einzelner Vertragspartner.